

Fragen

für die Fragestunde der 117. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 16. Oktober 2019

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	45, 46	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 42
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56, 73	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	17, 68
Brandner, Stephan (AfD)	41	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13
Busen, Karlheinz (FDP)	14, 15	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	47, 48	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 69	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66, 67	Luksic, Oliver (FDP)	50, 51
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 3	Meiser, Pascal (DIE LINKE.)	33
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	36, 72
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	43, 44	Renner, Martina (DIE LINKE.)	53, 54
Herbst, Torsten (FDP)	4, 5	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	62, 63
Hocker, Gero Clemens, Dr. (FDP)	64, 65	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 55
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	16, 28	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	29, 30
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	35, 61	Skudelny, Judith (FDP)	18, 19
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	37, 38	Spaniel, Dirk, Dr. (AfD)	34
Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 76	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Werner, Katrin (DIE LINKE.)70, 71	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)59, 60
Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)24, 25	Zimmermann, Pia (DIE LINKE.)74, 75

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	4
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	11
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes.	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	13
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	22

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

1. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Ergebnisse zum Ausbau der Bahnstrecke München/Nürnberg–Regensburg–Schwandorf–Furth im Wald–Pilsen hat die letzte Sitzung der Gemeinsamen interministeriellen tschechisch-deutschen Arbeitsgruppe vom Juni dieses Jahres (vgl. Plenarprotokoll 19/97) ergeben, und wie sieht der weitere zeitliche Verlauf aus deutscher Sicht für die sogenannte Metropolenbahn aus?
2. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele Böschungsbrände entlang von Bahnstrecken der Deutschen Bahn AG hat das bundeseigene Unternehmen in den einzelnen Jahren seit dem Jahr 2014 bis einschließlich September 2019 registriert (Zahlen bitte nach den einzelnen Jahren getrennt aufführen), und welche konkreten Auswirkungen hatten diese Brände im Einzelnen (bitte für die jeweiligen Jahre die Schadenssumme an der Infrastruktur und die Anzahl verspäteter oder ausgefallener Züge aufführen)?
3. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Soll der zukünftige Bahnknoten Stuttgart ausschließlich mit ETCS ausgestattet werden (Siehe Bundestagsdrucksache 19/1472, in der die Bundesregierung von einer Doppelausrüstung sprach. Der Programmleiter für die Inbetriebnahme des Bahnknotens Stuttgart und der NBS Stuttgart–Ulm sagte im Interview in der Nürtinger Zeitung am 14. September 2019 aus, es würde einen Verzicht auf ortsfeste Signale geben.), und mit welchen Kosten ist für die ETCS-Ausstattung zu rechnen (bitte getrennt nach Ausstattung der Infrastruktur und aller Fahrzeuge inklusive der S-Bahnen angeben)?
4. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

Auf wie viel Euro beliefen sich die Vertragsstrafen für Verspätungen oder andere Leistungsausfälle, die das Unternehmen DB Regio im Jahr 2018 an die 27 Aufgabenträger der Länder für den Schienenpersonennahverkehr leisten musste, und wie verteilen sich diese Vertragsstrafen auf die einzelnen Aufgabenträger für das Jahr 2018?
5. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Studie „Güter auf die Schiene – Netzentwicklung für den Schienengüterverkehr“ des Beratungsunternehmens KCW, nach der sich das deutsche Schienennetz mit vergleichsweise geringem finanziellem Aufwand für doppelt so viel Güterverkehr ertüchtigen ließe (www.kcw-online.de/veroeffentlichungen/mehr-

gueter-auf-die-schiene), und wie viele der vorgeschlagenen 90 Einzelmaßnahmen sind gegenwärtig Teil des Bundesverkehrswegeplans?

6. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe plant die Bundesregierung, Mittel im Haushalt 2020 für den Aufbau und die Einführung einer im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD bereits vereinbarten Mobilitätsplattform mit E-ticketing-System bereitzustellen, nachdem im Haushaltsentwurf für das Jahr 2020 unter dem Haushaltstitel „Baukostenzuschüsse für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes“ (891 01-742) die Erläuterung aus den Jahren 2018 und 2019 gestrichen wurde, dass diese Mittel auch für den Aufbau und die Einführung des E-ticketing genutzt werden können (bitte nach entsprechenden Haushaltstiteln aufschlüsseln), und welche nächsten Schritte unternimmt die Bundesregierung zur Verwirklichung eines bundesweiten E-ticketing-Systems?
7. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, im nächsten Nationalen Radverkehrsplan (NRVP) konkrete Zielvorgaben, Überprüfungs-, Nachsteuerungs- bzw. Sanktionsmechanismen zu verankern, und plant die Bundesregierung, den NRVP analog zum Bundesverkehrswegeplan in Form eines Bundesgesetzes zu verankern?
8. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang hat die Bundesregierung in den vergangenen zwölf Monaten Radwegprojekte an Bundeswasserstraßen gefördert (bitte Projekte und die Höhe der Fördersummen nennen), und welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung, um den Ausbau von Radwegen an Bundeswasserstraßen zu beschleunigen (Gero Storjohann: „Wir fördern Radwege an Bundeswasserstraßen. Das ist ein sehr altes Programm, das immer noch nicht so läuft, wie wir es gerne möchten.“ Plenarprotokoll 19/47, S. 4991 (B))?
9. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Technik wurde bei der Suche und Bergung der havarierten Container der MSC Zoe auf deutschem Hoheitsgebiet eingesetzt, und entspricht die eingesetzte Technik dem aktuellen Entwicklungsstand?
10. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bleibt Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer nach Kenntnis der Bundesregierung bei seiner Darstellung aus der Fragestunde der 114. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. September 2019, dass ihm gegenüber zu keinem Zeitpunkt Vertreter der Pkw-Maut-Betreiberfirmen Kapsch und Eventim vorgeschlagen bzw. angeboten ha-

ben, die Unterzeichnung der Verträge bis zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zur europarechtlichen Zulässigkeit der Infrastrukturabgabe zu verschieben bzw. auszusetzen?

11. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass jegliches Verwaltungshandeln dem Grundsatz der ordnungsmäßigen Aktenführung verpflichtet ist (siehe Bundestagsdrucksache 19/10084), dass zu mehreren Gesprächen zwischen Vertretern der Bundesregierung und Vertretern der Betreiberfirmen Kapsch und Eventim im Rahmen des laufenden Vergabeverfahrens zum Betrieb des Mautsystems keine Aktenvermerke und Protokolle angefertigt wurden, und welche Themen hatte der „politische Gedankenaustausch“, der am 29. November 2018 zwischen dem Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, dem Staatssekretär Dr. Gerhard Schulz, Georg Kapsch und Klaus-Peter Schulenberg stattgefunden hat (www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/K/Klarstellung-Schreiben-an-MdB.pdf?__blob=publicationFile), zum Gegenstand?

12. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer erstens durch den Zeitpunkt der Maut-Vergabe laut zweier Rechtsgutachten die Verfassung gebrochen haben könnte (www.zeit.de/politik/deutschland/2019-08/pkw-maut-guene-andreas-scheuer-anton-hofreiter-verfassungsbruch) und dass es – obwohl er im Bundestag volle Transparenz in der Aufklärung der Pkw-Maut-Vergabe angekündigt und dem Verkehrsausschuss angeblich alle relevanten Dokumente zur Verfügung gestellt hat – nach Medienberichten auf Basis eines Briefes aus seinem Haus (www.tagesschau.de/inland/scheuer-pkw-maut-105.html) fünf weitere Gespräche mit Betreiberfirmen gegeben haben soll, die dem Bundestag weder bekannt gegeben noch protokolliert wurden?

13. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit welchen kurzfristig wirksamen Maßnahmen will Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer die laut Klimaschutzgesetz für 2020 festgesetzte maximale Emissionsmenge im Verkehrsbereich von 150 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent (www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Gesetze/gesetzesentwurf_bundesklimaschutzgesetz_bf.pdf) einhalten und dementsprechend gegenüber dem Jahr 2018 12 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent einsparen?

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

14. Abgeordneter
Karlheinz Busen
(FDP) Wie viele Wölfe leben nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in Deutschland?
15. Abgeordneter
Karlheinz Busen
(FDP) Soll schadhaftes, vom Borkenkäfer befallenes Holz auch aus Wäldern, die sich selbst überlassen werden, nach Auffassung der Bundesregierung herausgeholt werden dürfen, und wenn nein, wie soll sichergestellt werden, dass die sich selbst überlassenen Waldflächen nicht als Brutstätten für die weitere Ausbreitung des Borkenkäfers dienen?
16. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP) Wie viele neue Stellen plant das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit für die Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung, und auf wie viele Stellen anderer Ressorts ist das BMU zur Kontrolle der im Klimaschutzprogramm 2030 beschlossenen CO₂-Grenzwerte angewiesen (bitte nach Ressorts aufschlüsseln)?
17. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD) Welche Korrelation sieht die Bundesregierung zwischen den Bereichen der Geschlechtsidentität und dem Klimaschutz, wie es im Fokus der ministeriellen Konsultationen zur sogenannten PreCOP unter dem Thema „Gender und Klimaschutz“ Verhandlungspunkt war (www.bmu.de/media/jochenflasbarth-bei-internationaler-klima-vorbereitungskonferenz-precop/)?
18. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP) Wie viele Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Union laufen gegenwärtig gegen Deutschland und liegen in der Zuständigkeit oder ressortübergreifenden Zuständigkeit des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, wie beispielsweise die mangelnde Anwendung der Richtlinie 2002/49/EG über Umgebungslärm, die mangelnde Umsetzung der 2014/94/EU-AFID-Richtlinie durch die Nichtaufnahme der DIN EN 15940 in die 10. BImSchV oder die Nichtumsetzung der Änderungs-Richtlinie 2015/1513/EU über die Qualität von Kraftstoffen und erneuerbaren Energien (Ausschussdrucksache 19(21)70 des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union)?
19. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP) Wie hoch darf der Plastikanteil einer leichten Kunststofftragetasche höchstens sein, damit diese Kunststofftragetasche nicht unter das Verbot fällt,

das der Entwurf der Bundesregierung für ein Erstes Gesetz zur Änderung des Verpackungsgesetzes vorsieht?

20. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bedeutung können nach Kenntnis des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit die marinen Ökosysteme und ihre Biodiversität auf der Hohen See (das heißt außerhalb der nationalen Gerichtsbarkeit) für den Klimaschutz einnehmen, und in welchem Rahmen setzt sich die Bundesregierung international für die Unterschutzstellung von 30 Prozent der Weltmeere bis 2030 ein, wie vom Bundestag in seinem einstimmigen Beschluss vom Juli 2018 (Bundestagsdrucksache 19/2985) gefordert?
21. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit über den Zustand der Schutzgüter in den Meeresschutzgebieten der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone in der Nordsee, und wann wird die Bundesregierung die Verhandlungen mit der sogenannten Scheveningen-Gruppe wieder aufnehmen, nachdem die EU-Kommission die im Februar 2019 eingereichten Vorschläge Deutschlands für Fischereibeschränkungen in den Meeresschutzgebieten aufgrund ihrer mangelnden naturschutzfachlichen Wirksamkeit zurückgewiesen hat (vgl. Brief der EU-Kommission vom 24. Mai 2019, Az. Ref. Ares (2019) 3420590)?
22. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung – beispielsweise aufgrund ihrer Aktivitäten zur Nichtverbreitung oder jener zur Kernfusion (vgl. www.auswaertiges-amt.de/blob/2214140/a99bdc7aa5082b78efd5169f74d1afc7/190430-jab-2018-data.pdf und Abschnitt 3.2 Fusionsforschung in www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/bundesbericht-energieforschung-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=18) – zu den global wichtigsten Tritium-Produktionskapazitäten größeren Maßstabs (ggf. bitte möglichst mit Eckdaten wie Jahreskapazität und Restbetriebslaufzeit angeben), und welche Erkenntnisse hat sie zu betreffenden Kapazitäten in den kommenden zwei Jahrzehnten – seien es in Erwägung oder Planung befindliche neue Kapazitäten oder Laufzeitverlängerungen (ggf. bitte möglichst auch Eckdaten angeben)?
23. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet es die Bundesregierung, dass sie nicht im Interesse der weiteren Aufklärung des Ruthenium-Atomunfalls von Ende September 2017, zu der sie sich bekennt, die ihr potenziell zur Verfügung stehenden Möglichkeiten satelli-

tengestützter Aufnahmen von eigenen Systemen, Partnerstaaten oder kommerziellen Drittanbietern gezielt auf Hinweise zu einem Brand- oder Explosionsereignis im Atomkomplex Majak Ende September 2017 hin analysiert – beispielsweise auf Veränderungen an Gebäudestrukturen oder auf Temperaturspitzen hin –, solange von russischer Seite die vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) für notwendig erachteten weiteren Messungen auf russischem Territorium abgelehnt werden (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 36, Plenarprotokoll 19/114, Anlage 2, und ihren dort genannten Bericht an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit des Deutschen Bundestages), und hat die Bundesregierung Russland gegenüber angeboten, den aus russischer Sicht „zu hohen Aufwand“ für die vom BfS für notwendig erachteten weiteren Messungen durch eine Aufwands-/Kostenbeteiligung Deutschlands zu reduzieren (bitte mit Begründung; vgl. oben genannte Antwort der Bundesregierung)?

24. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Vereinbarungen zur Lieferung von abgereichertem Uran aus der in Gronau ansässigen Urenco zur Wiederanreicherung nach bzw. in Russland, von denen laut einem Medienbericht mit Bezug auf Informationen des Wirtschaftsministeriums in Nordrhein-Westfalen ein solcher Transport mit 600 Tonnen abgereichertem Uranhexafluorid stattgefunden hat, und wann soll nach Kenntnis der Bundesregierung Uran aus Gronau erstmals zur Umwandlung von Uranhexafluorid zu U_3O_8 nach Großbritannien zur dortigen neuen Konversionsanlage transport werden (www.sonnenseite.com/de/politik/scharfe-kritik-neuer-uranmuellexport-von-gronau-nach-russland.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

25. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)

Zu welchen konkreten Aufgabenstellungen hat die Expertenkommission Fracking nach Kenntnis der Bundesregierung gemäß § 13a Absatz 6 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) die Vorbereitung und Durchführung von zwei Ausschreibungsverfahren zum Stand von Wissenschaft und Technik beschlossen, und wie ist diese Beschlussfassung nach Auffassung der Bundesregierung mit § 6 Absatz 1 der Geschäftsordnung

der Expertenkommission Fracking in Einklang zu bringen, wonach die Kommission im Rahmen ihrer Arbeit gegenüber dem BMBF lediglich ein Vorschlagsrecht für die Vergabe externer wissenschaftlicher Gutachten hat, nicht jedoch ein Recht für die Beschlussfassung über Vergabeverfahren, und die Vergabe ausschließlich durch das BMBF erfolgt (https://expkom-fracking-whg.de/lw_resource/datapool/systemfiles/elements/files/93C0153AB6907E0539A695E86E0DA/live/document/20190920_Beschlussprotokoll.pdf, https://expkom-fracking-whg.de/lw_resource/datapool/systemfiles/elements/files/88FF0DB321F26FACE0539A695E86E0F2/live/document/GeschaeftsordnungExpKom_160519verabschiedet.pdf)?

26. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welchem Zeitraum werden die von Bundesministerin Anja Karliczek angekündigten 300 Millionen Euro aus dem Klimafonds für Forschung und Entwicklung zu „Grünem Wasserstoff“ bereitgestellt (bitte die jährlich geplanten Ausgaben jeweils einzeln benennen; vgl. Pressemitteilung des BMBF vom 9. Oktober 2019), und mit welchen Mitteln wird das Förderprogramm zur Senkung der Treibhausgasemissionen in der Grundstoffindustrie (insbesondere Stahlherstellung, Kalk- und Zementherstellung, Grundstoffchemie, Aluminium), das bereits für Juli 2019 angekündigt war (www.bmbf.de/de/forschung-for-future-8767.html), unterlegt (bitte Höhe, Laufzeit sowie ggf. den Anteil aus dem sog. Klimafonds nennen)?

27. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Forderungen der Kanzlerinnen und Kanzler der deutschen Universitäten, die in ihrer „Bayreuther Erklärung zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen mit wissenschaftlichem und künstlerischem Personal in Universitäten“ ausführen, „der Aufgabenstellung der Universitäten folgend, ist es notwendig, dass die Zahl ihrer befristeten Beschäftigungsverhältnisse für wissenschaftliches Personal überwiegt“, vor dem Hintergrund, dass Bund und Länder mit der Neuaufstellung insbesondere des Hochschulpakt-Nachfolgeprogramms „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ mehr unbefristete Stellen zu einem zentralen Kriterium gemacht haben, und welches Verhältnis zwischen befristeten und unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen, das laut Bundesbericht für den wissenschaftlichen Nachwuchs bei den Nachwuchsstellen an den Hochschulen bei 93 Prozent liegt, hält die Bundesregierung bei den Postdoc-Stellen langfristig für angemessen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

28. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- In welcher Höhe hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – direkt oder indirekt über die bundeseigene GIZ – die Konferenz „1st International Conference on Agroecology Transforming Agriculture & Food Systems in Africa“ vom 18. bis 21. Juni 2019 in Nairobi finanziell unterstützt, und wie kommt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in seiner Antwort auf meine Schriftliche Frage 127 auf Bundestagsdrucksache 19/12849 zu der Annahme, dass es weltweit unterstützende Evidenz für die Forschungsergebnisse des Wissenschaftlers Gilles Éric Séralini gäbe?
29. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Inwiefern teilt die Bundesregierung die Einschätzung der schweizerischen Nichtregierungsorganisation (NGO) Brot für alle (siehe Artikel „Vom Vorzeigeprojekt zum Desaster“, https://brotfueralle.ch/content/uploads/2019/05/BROT_BFA_0219_DE_Inhalt_web.pdf, S. 10 bis 15) sowie der deutschen NGO Brot für die Welt (<https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/ungewissheit-nimmt-kein-ende>), dass europäische Entwicklungsfinanzierer, darunter auch die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), die seit 2009 Darlehen in Höhe von über 200 Millionen Euro an das Unternehmen A. B. vergeben hatten, eine Mitverantwortung für die schlechte soziale und wirtschaftliche Lage der lokalen Bevölkerung rund um Makeni in Sierra Leone tragen, die sich nach Berichten von Brot für alle seit dem Rückzug von A. B. 2015 noch verschärft hat und die sich unter anderem in ungelösten Landkonflikten, fehlendem Zugang zu Land und sauberem Trinkwasser sowie der damit einhergehenden Unfähigkeit, Lebensmittel für den eigenen Bedarf in ausreichendem Maße herzustellen, ausdrückt, und was hat die Bundesregierung seit dem Scheitern von A. B. getan, um die Folgen der Finanzierung von A. B. für die lokale Bevölkerung abzufangen?
30. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Welche Lehren haben Bundesregierung und DEG aus dem Engagement von A. B. für zukünftige Finanzierungen privatwirtschaftlicher Projekte in Entwicklungsländern gezogen, insbesondere was die beiden Aspekte Zugang von Betroffenen zu Entschädigungen und Exitstrategien bei gescheiterten Investments betrifft?

31. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchen Ergebnissen kamen die Gespräche des BMZ mit der in der 39. KW eingeladenen kambodschanischen Regierungsdelegation unter Leitung des Vizepremierministers Sar Kheng, wie z. B. zu den Themen deutsches Engagement in der Verwaltungs- und Dezentralisierungsreform und Mikrokredite, und inwiefern teilt das BMZ die Bedenken kambodschanischer und deutscher zivilgesellschaftlicher Organisationen (u. a. im Gespräch mit FIAN und anderen NGOs am 27. April 2018), dass eine Weiterführung der bilateralen Zusammenarbeit bei der Dezentralisierungsreform in der aktuellen politischen Lage in Kambodscha nicht mehr zu einer Stärkung demokratischer Strukturen beitrage, sondern vielmehr der Zentralregierung helfe, ihre Macht und Kontrolle auch auf lokaler Ebene weiter auszubauen?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

32. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position wird die Bundesregierung gegenüber dem Berliner Senat bei der Abstimmung über die Errichtung einer zentralen Gedenkstätte als Lern- und Erinnerungsort vertreten, die sich aus dem im August 2019 im Berliner Abgeordnetenhaus beschlossenen Antrag „Berlin übernimmt Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit“ auf Bundestagsdrucksache 18/1788, S. 5, ergibt, und welchen Zeitrahmen verfolgt die Bundesregierung dabei?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

33. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Besteht nach Auffassung der Bundesregierung ab dem 1. Januar 2020 Umsatzsteuerpflicht für die Ausgabe von Essen für Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe, und welche Folgen hätte eine solche Umsatzsteuerpflicht für Bund, Länder, Kommunen, Leistungserbringer und Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger (bitte erläutern)?

34. Abgeordneter
Dr. Dirk Spaniel
(AfD)
- Wird bei der Umgestaltung der CO₂-bezogenen Reform der Kfz-Steuer (laut Eckpunkten für das Klimaschutzprogramm 2030) für Elektrofahrzeuge die Karbonintensität des deutschen Strommixes berücksichtigt, oder werden sie steuerlich als Null-Emissions-Fahrzeuge behandelt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

35. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wann könnten die Trainings- und Beratungsmaßnahmen der Bundespolizei zu Gunsten der saudiarabischen Grenzschutzbehörde und der saudiarabischen Polizei aller Voraussicht nach beginnen (Bundestagsdrucksache 19/13254, Schriftliche Frage 23 des Abgeordneten Omid Nouripour), und an welchen Systemen oder Verfahren werden die Begünstigten den Plänen zufolge ausgebildet bzw. bei deren Handhabung unterstützt (bitte für die bereits benannten Maßnahmen „Bekämpfung der Urkundenkriminalität, grenzpolizeiliche Analyse und Auswertung, maritime Grenzüberwachung, Qualitätsmanagement“ sowie Öffentlichkeitsarbeit darstellen)?
36. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Welche Linie verfolgt die Bundesregierung hinsichtlich des auch nach der EU-Innenministerkonferenz am 8. Oktober 2019 vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat verfolgten europäischen Umverteilungssystems für aus Seenot gerettete Menschen insbesondere vor dem Hintergrund der kritischen Haltung vieler anderer EU-Staaten?
37. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Inwieweit beschäftigt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in AnKER-Einrichtungen eigene Sicherheitsdienste zum Schutz seiner dortigen Außenstellen, und hat sich der Präsident des BAMF, Dr. Hans-Eckhard Sommer, nach Kenntnis der Bundesregierung für die Weiterbildung der Firma Fair Guards Security im AnKER-Zentrum Bamberg eingesetzt?
38. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie viele Abschiebungen gab es von Januar bis Ende September 2019 (bitte nach den zehn wichtigsten Zielstaaten sowie zwischen Linien- und Charterflügen differenzieren und in jedem Fall Angaben zu Nigeria, Ghana und Gambia machen), und welche Kosten sind dem Bund in die-

sem Zeitraum durch die Sicherheitsbegleitung bei Abschiebungen entstanden (bitte so genau wie möglich differenzieren)?

39. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Studie zum Verbleib und zu den Erfahrungen abgeschobener Afghanen der Sozialwissenschaftlerin Friederike Stahlmann vom Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung (www.tagesschau.de/investigativ/ndr/afghanistan-abschiebung-rueckkehrer-101.html) hinsichtlich der Fortsetzung der Sammelabschiebungen, bzw. wie werden die Erkenntnisse dieser Rückkehrerstudie – vor allem die hohe Zahl der Rückkehrer, die Gewalterfahrungen in Afghanistan nach ihrer Rückkehr gemacht haben –, bei der Prüfung von Asylverfahren durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hinsichtlich des Vorliegens von Abschiebungshindernissen berücksichtigt?
40. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bundesländer haben sich mit wie vielen Personen an der Sammelabschiebung nach Afghanistan vom 8. Oktober 2019 beteiligt?
41. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie viele Stellen (Stand 1. September 2019) sind seit 1990 durch Ansiedlungen von Bundesbehörden, Bundesoberbehörden und Bundeszentralstellen in den neuen Bundesländern geschaffen worden, und auf welchen Anteil an allen Arbeitsplätzen der Bundesverwaltung belaufen sie sich?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

42. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welcher Grundlage argumentiert die Bundesregierung, dass es sich bei dem Entwurf eines Abkommens im UN-Treaty-Prozess um ein „gemischtes Abkommen“ handele, was die Bundesregierung daran hindere, sich selbst aktiv ohne vorheriges EU-Mandat an dem Prozess zu beteiligen (Antwort des Staatsministers Niels Annen auf meine Mündliche Frage 55, Plenarprotokoll 19/85, S. 10037), und inwiefern sieht die Bundesregierung eine kohärente Politik gewährleistet, wenn die Bundesminister Hubertus Heil und Dr. Gerd Müller für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft Regelungen zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten für die Lieferkette ankündigten (www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/bundesminister-fuer-faire-lieferketten.html),

erst kürzlich Bundesminister Heiko Maas die Allianz für Multilateralismus initiierte (www.deutschlandfunk.de/internationale-zusammenarbeit-aussenminister-maas-schmidt.1773.de.html?dram_article_id=459786), die Bundesregierung aber dennoch eine inhaltliche Beteiligung am Vorantreiben eines UN-Abkommens zu Wirtschaft und Menschenrechten verweigert?

43. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Vereinten Nationen, wonach in Ecuador das Recht auf friedliche Demonstrationen seit Ausrufung des Ausnahmezustands durch Präsident Lenín Moreno gefährdet ist (<https://news.un.org/es/story/2019/10/1463432>), und wenn ja, welche Konsequenzen zieht sie daraus in den bilateralen Beziehungen (https://twitter.com/CONAIE_Ecuador/status/1182171782247305217)?
44. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung im Rahmen der EU weiterhin an dem EU-Türkei-Pakt festhalten trotz der nach übereinstimmenden Presseberichten katastrophalen Bedingungen auf den griechischen Inseln (www.tagesspiegel.de/berlin/kinderpsychologin-zu-lage-im-camp-moria-zweijaehrige-reisen-sich-ihre-haare-aus/25100582.html)?
45. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Was wird die Bundesregierung konkret unternehmen, um die türkische Militäroffensive in Rojava zu stoppen, vor dem Hintergrund, dass türkische Kampfflugzeuge Luftangriffe auf zivile Gebiete durchführen (www.jungewelt.de/artikel/364731.t%C3%BCrkische-offensive-gegen-syrien.html), und was wird die Bundesregierung konkret unternehmen, um die Region wieder zu stabilisieren?
46. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wie ist der Wissensstand der Bundesregierung, ob das türkische Militär, wie schon bei der Militäroffensive in Afrin 2018 (www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-erobert-afrin-mit-deutschen-panzern-gegen-kurden-a-1198807.html), auch bei der aktuellen Militäroffensive (www.jungewelt.de/artikel/364731.t%C3%BCrkische-offensive-gegen-syrien.html) erneut deutsche Waffen einsetzt, und inwiefern könnte sich die Bundesregierung vorstellen, den Waffenverkauf an die Türkei einzustellen?
47. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwiefern bewertet die Bundesregierung den am 9. Oktober 2019 gestarteten Einmarsch der türkischen Armee in den Norden Syriens (Operation „Quelle des Friedens“) als einen Bruch des Völkerrechts, und inwiefern bewertet die Bundes-

regierung die militärische Besetzung eines rund 500 Kilometer langen und 30 Kilometer tiefen Gebietes Syriens östlich des Euphrat durch die türkische Armee, wie sie von der türkischen Regierung angekündigt worden ist, als völkerrechtswidrig analog zur Einschätzung aller Fraktionen des Deutschen Bundestages im Fall des militärischen Vorgehens der türkischen Armee mit der am 20. Januar 2018 gestarteten Operation „Olivenzweig“ in der Region Afrin im Norden Syriens (www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_83158142/bundestag-kritisiert-tuerkei-ueber-fall-auf-afrin-ist-ganz-klar-voelkerrechtswidrig.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

48. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wie viele Genehmigungen für Rüstungsexporte an die Türkei hat die Bundesregierung seit Beginn des Jahres 2019 bis zum Beginn der Militäroffensive des NATO-Mitglieds gegen Syrien am 9. Oktober 2019 erteilt (bitte nach Anzahl und Wert der genehmigten Exporte auflisten, so noch keine endgültige Auswertung erfolgt ist, bitte vorläufige Zahlen angeben), und wie hoch waren die tatsächlichen Ausfuhren von Rüstungsgütern an die Türkei seit Beginn des Jahres 2019 bis zum Beginn der Militäroffensive des NATO-Mitglieds gegen Syrien am 9. Oktober 2019 (bitte nach Anzahl und Wert der Ausfuhren auflisten, so noch keine endgültige Auswertung erfolgt ist, bitte vorläufige Zahlen angeben)?
49. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Von welchem Strombedarf in Deutschland geht die Bundesregierung im Jahr 2030 (in Terawattstunden) aus, und wie viel Prozent davon sollen erneuerbar erzeugt werden?
50. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung unternommen beziehungsweise strebt sie an, um die Stahlindustrie und die dazugehörigen Arbeitsplätze in Deutschland und insbesondere im Saarland zu erhalten und die Wettbewerbsfähigkeit der Branche auch für die Zukunft zu stärken (www.deutschlandfunk.de/saarland-fordert-milliarden-vom-bund-hilferuf-fuer-die.766.de.html?dram:article_id=460321)?

51. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den Ankündigungen namhafter Automobilhersteller, ihre bisher erfolgreichen und stark nachgefragten Kleinwagenmodelle (Opel: Karl, Adam; Ford: Ka; VW: Up; Škoda: Citigo; Seat: Mii) einzustellen (www.spiegel.de/auto/aktuell/kleinwagen-die-grossen-probleme-der-kleinen-autos-a-1289592.html), und welche Auswirkung hat dies nach Kenntnis der Bundesregierung auf den Automobilmarkt in Deutschland insbesondere im Hinblick auf Angebot und Nachfrage von Kleinwagen?
52. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung sich im Rat der EU dafür einsetzen, dass der Ratifizierungsprozess des Mercosur-Handelsabkommens so lange aufgeschoben wird, bis die Ergebnisse der „ergebnisoffenen Prüfung“ bzw. der „modelling exercise“ für die Ausgestaltung von Nachhaltigkeitskapiteln in Handelsabkommen vorliegen, die die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme an die Europäische Kommission (vgl. WK 9468/2018 INIT) zur allgemeinen Reform von Nachhaltigkeitskapiteln in Handelsabkommen angeregt hat, damit der Mercosur-Vertrag entsprechend angepasst werden kann, und hat sie für den Mercosur-Vertrag im Speziellen Vorschläge für eine sanktionsbewehrte Ausgestaltung des Nachhaltigkeitskapitels gemacht, wie in der Antwort des Staatssekretärs Dr. Ulrich Nussbaum vom 9. September 2019 auf die Schriftliche Frage 44 des Abgeordneten Pascal Meiser auf Bundestagsdrucksache 19/13176 suggeriert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

53. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung zwischenzeitlich Auskunft auf den im Sommer 2016 an die US-Regierung versandten Fragenkatalog betreffend die gegen Edward Snowden in den USA erhobenen strafrechtlichen Vorwürfe erhalten (vgl. Bundestagsdrucksache 18/12850, S. 1425)?
54. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Zu welchen Ergebnissen ist die nach Oktober 2016 innerhalb der Bundesregierung durchgeführte Ressortabstimmung (vgl. Bundestagsdrucksache 18/12850, S. 1425) zur Möglichkeit von Einreise und Aufenthalt für Edward Snowden bzw. eines Auslieferungsschutzes gekommen?

55. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, in ihrem anstehenden Pfändungsschutzkonto-Fortentwicklungsgesetz einen gesetzlichen Kündigungsschutz zu schaffen, und wie viele Pfändungsschutzkonten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung von Seiten der Banken und Kreditinstitute seit 2010 gekündigt (bitte jahresweise aufschlüsseln)?
56. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung eine Mietpreisbremse für Gewerbetreibende und soziale Träger, die in vielen großen Städten genauso wie Wohnungsmieter von Verdrängung bedroht sind, insbesondere angesichts einer diesbezüglichen Bundesratsinitiative des Berliner Senats (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/gewerbemietpreisbremse-berlin-bundesrat-mietmarkt-immobilien-1.4559994), und falls ja, wann ist mit einer solchen Gesetzesinitiative zu rechnen?
57. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was plant die Bundesregierung bei der Frage der Gewerbemieten, die analog der Entwicklung bei den Wohnungsmieten in vielen Städten ebenfalls stark ansteigen (www.focus.de/finanzen/boerse/wirtschaftsticker/steigende-mieten-setzen-handwerk-und-handel-unterdruck_id_11040035.html), im Sinne einer Mietpreisbremse initiativ zu unternehmen, insbesondere, um kleine und mittlere Gewerbetreibende zu schützen, und falls die Bundesregierung hierzu nichts plant, warum nicht?
58. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann und in welchem Zeitraum ist mit konkreten Gesetzesvorschlägen im Bereich steigender Gewerbemieten zu rechnen, sofern die Bundesregierung hier eine Initiative zur Eindämmung plant?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

59. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie stellt sich nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit die Anzahl der befristet Beschäftigten bei der Bundesagentur für Arbeit und den SGB-II-Jobcentern dar, und wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit der Anteil der befristet Beschäftigten an allen Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit, der SGB-II-Jobcenter, an den Beschäftigten insgesamt sowie den

Neueinstellungen bei der Bundesagentur für Arbeit, bei den SGB-II-Jobcentern, bei den Beschäftigten insgesamt?

60. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2008 und wie hoch ist derzeit der Anteil der sachgrundlos befristet Beschäftigten an allen befristet Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit, an allen befristet Beschäftigten der SGB-II-Jobcenter, an allen befristet Beschäftigten der Beschäftigten insgesamt und (derzeit) nach Bundesländern jeweils der Anteil der sachgrundlos befristet Beschäftigten an allen befristet Beschäftigten der SGB-II-Jobcenter (falls keine Daten für die Jobcenter vorliegen, bitte für die Bundesagentur für Arbeit ausweisen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

61. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen wird Deutschland bzw. die Bundesregierung im Rahmen des PESCO-Projekts „European Global RPAS Insertion Architecture System“ als teilnehmende Beobachterin gestrichen (Ratsdokument 12634/19 ADD 3 REV 1), und welche Details kann die Bundesregierung zu jenen PESCO-Vorhaben mitteilen, an denen sie sich koordinierend, als Mitglied oder als Beobachterin beteiligt?
62. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat sich die Bundesregierung an die US-Administration gewandt, um Informationen zu Hintergrund und Folgen des Absturzes eines F16-Kampfflugzeugs des US-Militärs am 8. Oktober 2019 bei Zemmer im Landkreis Trier-Saarburg zu erhalten, und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung dazu vor ([n-tv.de, mau/dpa www.n-tv.de/panorama/Militaerflugzeug-nahe-Trier-abgestuerzt-article21318762.html](http://n-tv.de/panorama/Militaerflugzeug-nahe-Trier-abgestuerzt-article21318762.html))?
63. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was ist der Bundesregierung über die Flugrouten solcher Übungsflüge bekannt, und auf welche Weise trägt die Bundesregierung dafür Sorge, dass diese Übungsflüge nur über unbesiedelten oder dünn besiedelten Gebieten stattfinden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

64. Abgeordneter
**Dr. Gero Clemens
Hocker**
(FDP)
- Hat Bundesministerin Julia Klöckner den in der „Thüringer Allgemeinen“ vom 2. Oktober 2019 zitierten Satz in Bezug auf die durch die EU-Nitratrichtlinie drohenden Strafzahlungen in Höhe von 800.000 Euro pro Tag „Und die ziehe ich dann ab von den jährlichen 4,1 Milliarden Euro, die zurzeit für die soziale Sicherung der Landwirte bereitstehen.“ so gesagt, und wenn ja, bleibt sie bei der Gültigkeit ihrer Aussage (www.thueringer-allgemeine.de/regionen/Nordhausen/bundesministerin-besucht-bleicherode-id227255471.html?utm_source=Facebook&utm_medium=Social&utm_campaign=share&__pwh=q%2FTtJkVPOzspqz%2FiHfbIYw%3D%3D&fbclid=IwAR3cFUG173uxPVV-9-6rsGrNJ4c1wRGUxDBjBduVITRf7YAuRDMara9RiXw)?
65. Abgeordneter
**Dr. Gero Clemens
Hocker**
(FDP)
- Hat Bundesministerin Julia Klöckner den in der „Thüringer Allgemeinen“ vom 2. Oktober 2019 zitierten Satz, Glyphosat sei „ein totes Pferd, die Akzeptanz ist nicht da“, so gesagt, und wenn ja, wie wägt die Bundesministerin bei politischen Entscheidungen, speziell beim Thema Glyphosat, die vermeintlich nicht vorhandene Akzeptanz in der Bevölkerung einerseits sowie sachliche und wissenschaftliche Argumente andererseits gegeneinander ab, um zu einer Entscheidung zu gelangen?
66. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Zeitplan innerhalb der Bundesregierung für das im „Aktionsprogramm Insektenschutz“ angekündigte Glyphosat-Anwendungsverbot im Haus- und Kleingartenbereich und für Flächen, die für die Allgemeinheit bestimmt sind, und welche gesetzliche Grundlage ist dafür vorgesehen?
67. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung die Kompensation der Biodiversitätsauswirkungen von Pestiziden sicherstellen, nachdem das Verwaltungsgericht Braunschweig die dafür vom Umweltbundesamt vorgesehenen Biodiversitätsflächen am 4. September 2019 für unzulässig erklärt hat (vgl. <https://verwaltungsgericht-braunschweig.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/pressemitteilungen/zulassung-von-pflanzenschutzmitteln-im-zonalenzulassungsverfahren-vom-umweltbundesamt-geforderte-biodiversitätsanwendungsbestimmungen-nicht-mit-geltendem-recht-vereinbar-180406.html>)?

68. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche weitergehenden Vorschläge zur von der EU-Kommission geforderten Verschärfung der Düngeverordnung haben das Bundesumweltministerium und das Bundeslandwirtschaftsministerium nach Brüssel gesandt (www.bmu.de/pressemitteilung/nitratrichtlinie-bundesregierung-sendet-weitere-vorschlaege-zur-anpassung-der-duengeverordnung-nach-b/)?
69. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind die Aussagen von Bundesministerin Julia Klöckner gegenüber der brasilianischen Umweltministerin mit Blick auf das Mercosur-Handelsabkommen, Deutschland könne nicht den eigenen Landwirten mehr Engagement beim Klimaschutz und bei der Aufforstung abverlangen, „aber gleichzeitig Waren importieren, für die im Amazonasgebiet große Flächen Regenwald niedergebrannt werden“ (vgl. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/rodungen-kloeckner-ermahnt-brasilianische-amtskollegin-16418570.html) so zu verstehen, dass die Bundesregierung davon ausgeht, dass das Mercosur-Abkommen, so wie es derzeit ausgestaltet ist, die Abholzung des Amazonas weiter vorantreiben wird, und sich deshalb im Rat der EU dafür einsetzen wird, dass die Ratifizierung des Mercosur-Abkommens gestoppt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

70. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung die Kürzungen der Mittel für die Jugendfreiwilligendienste und den Bundesfreiwilligendienst im Haushaltsentwurf 2020 (Bundestagsdrucksache 19/11800) vorgenommen, insbesondere im Hinblick auf die notwendige langfristige Planung der Träger sowie die mit den Aufstockungen im Jahr 2019 angestrebten Ziele der Verbesserung der pädagogischen Begleitung sowie der Öffnung der Programme für Menschen mit Behinderungen?
71. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung die Kürzungen der Mittel für das Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“ im Haushaltsentwurf 2020 vorgenommen, insbesondere im Hinblick auf den Erfolg des Programms, die in der Vergangenheit vorgenommene Weiterentwicklung und die notwendige Anerkennung von Menschen, die sich für die Gesellschaft engagieren?

72. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Weshalb wurde im Zuge der Umstrukturierung der Gelder zur „Demokratieförderung“ die planmäßige Kürzung des Programms „Demokratie leben“ in 2020 um 8 Millionen Euro nun zulasten des Gesamthaushalts zurückgenommen (www.spiegel.de/politik/deutschland/demokratie-leben-demokratieprogramm-nach-kritik-aufgestockt-a-1290725.html)?
73. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung ein Demokratiefördergesetz, um zeitlich befristete Modellprojekte in eine dauerhafte Förderung überführen zu können, und wenn ja, bereits ab 2021, wenn die nächste geplante Senkung von Fördermitteln anstehen würde (www.spiegel.de/politik/deutschland/demokratie-leben-demokratieprogramm-nach-kritik-aufgestockt-a-1290725-druck.html)?
74. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie viele Pflegeschulen bieten nach Kenntnis der Bundesregierung ab Frühjahr 2020 noch keinen generalistischen Ausbildungsgang an, sondern lassen erst ab Herbst diesen neuen Ausbildungsgang starten (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln), so wie es einige Pflegeschulen in Bayern, mit Verweis auf die späte Veröffentlichung der neuen Lehrpläne durch die Bundesregierung, ankündigen (www.br.de/nachrichten/meldung/mehrere-pflegeschulen-in-bayern-lassen-fruehjahrskurse-ausfallen.30024fbb2)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

75. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der gegenwärtige Finanzbestand im Pflegevorsorgefonds (bitte nach Jahren aufschlüsseln und jeweils fällig gewordenen Negativzins angeben), und in welcher Höhe entstanden bisher Realwertverluste (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
76. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung Personalbemessungsinstrumente zur Sicherstellung einer hochwertigen Geburtshilfe, deren Erreichen erklärtes Ziel der Koalition ist (vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 2018, Seite 99), gesetzlich verankern, und welches Ergebnis hatte die ebenda festgeschriebene Überprüfung der Finanzierungsgrundlagen, sofern sie bereits durchgeführt wurde?

